

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 22. März 1919

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Aush., Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 30

Bekanntmachung

Entgegen der ursprünglichen Absicht schreibt die Generalkommission für das erste Quartal 1919 eine neue Statistik über den Mitgliederstand, die Arbeitsverhältnisse und die vom Beginn des Krieges an gewährten Unterstüzungen aus. Stichlag ist der

31. März 1919.

Die Vorstände erhalten Fragebogen, die bis zum 20. April 1919 dem zuständigen Gauvorstande zuzufenden sind. Die Gauvorstände werden ersucht, das Ergebnis der Statistik in ihrem Gauvereine bis spätestens 1. Mai 1919 dem Unterzeichneten mitzuteilen. Um gewissenhafte Beantwortung der gestellten Fragen wird dringend gebeten.

Der Verbandsvorstand

Sind die Gewerkschaften überflüssig?

Die Revolution hat das gesamte wirtschaftliche und öffentliche Leben Deutschlands mit frischen Kräften und Säften versehen. Mit der Zeit werden auch ihre köstlichen Früchte reifen. Andererseits hat sie aber in vielen Köpfen einen solchen Wirrwarr angerichtet, daß es beinahe zweifelhaft erscheint, ob der Kriegsausbruch von 1914 als lehrreiche, wichtige Erleuchtung mehr zu gelten hat, als der Unverstand der Revolutionsstratagisten von 1918/19. Dieser Wirrwarr hat auch auf das gewerkschaftliche Gebiet übergegriffen und sehr bedenkliche Formen angenommen. Die Gewerkschaftsführer, die in der Arbeiterbewegung meist alt und grau geworden sind, für die Sache ihrer Berufsgenossen tüchtiges leisten und nicht selten schwere Verfolgungen erdulden müssen, werden jetzt von unreifen Elementen und früher organisationsfeindlichen Leuten als Arbeiterverräter und Kapitalräuber beschimpft. Ja, sie werden in den Verammnungen sogar mit Sinauswurf und Schlägen bedroht. Die ganz klugen Leute unter den Stratagisten halten nämlich herausgefunden, die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen seien nunmehr gänzlich überflüssig, denn ihr Aufgabenkreis sei so stark zusammengekrümpt, daß ihre Existenzberechtigung gegenstandslos geworden sei; die beruflichen Forderungen der Arbeiter länden ihre restlose Erfüllung im Rätehilfem, dessen Grundlage die gesamte politische Macht sein müsse. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde Ende Dezember der Berliner Reichskonferenz des Spartakusbundes vorgelegt, aber vorläufig einer Kommission zur Begutachtung überwiesen. Sie lautet:

Die Reichskonferenz erklärt: 1. Die Tarifvertragspolitik der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die Abwägung der Streiks und die systematische Unterbindung des sozialen Befreiungskampfes des Proletariats durch die Gewerkschaftsbureauskräfte sowie die ablehnende, ja feindliche Haltung der Verbandsführer gegen die sozialistische Inangriffnahme der Sozialisierung der Produktionsmittel sind in ihrer Wirkung staatsfeindlich und darum revolutionsfeindlich. Die Zugehörigkeit zu solchen Gewerkschaften ist deshalb unvereinbar mit den Zielen und Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands. Für die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe und zur Übernahme der Produktion nach dem Siege der sozialen Revolution ist vielmehr die Bildung revolutionärer, breiten begrenzter Arbeiterorganisationen (Einheitsorganisationen) notwendig. Die Kampforganisationen haben ihre Tätigkeit im besten Einvernehmen mit der Kommunistischen Partei und den zentralen Streikkommissionen auszuüben und die kommunistische Produktion vorzubereiten und durchzuführen zu helfen. 2. Die Politik der Gewerkschaften hat vor und während des Krieges zu einer vollständigen Lahmlegung des revolutionären Klassenkampfes geführt. Die Gewerkschaften von innen heraus zu reformieren, ist nach allen bisherigen Erfahrungen ein aussichtsloses Beginnen. Die Konferenz der

Kommunistischen Partei beschließt deshalb, den Kampf gegen die Gewerkschaften von außen aufzunehmen, und fordert die ihr angeschlossenen Organisationen auf, unverzüglich eine Austrittspropaganda aus den Gewerkschaften aus nachdrücklichste zu entfalten. Die Konferenz verpflichtet die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands, ihren Austritt sofort aus den Gewerkschaften zu vollziehen. In der jetzigen Situation ist der Standpunkt der getrennt geführten wirtschaftlichen und politischen Kämpfe vollständig überholt. Für das revolutionäre Proletariat ist die wirtschaftspolitische Einheitsorganisation geboten. Diese ist die Kommunistische Partei Deutschlands.

Vorstehende Weisheiten stammen in ihrer Tendenz aus Russland. Ihre Väter sind Lenin und Trotski. Kein Wunder, daß unsere Spartakisten sich für ausnehmend schlaun halten. Dabei vergessen sie aber die Hauptsache, nämlich, daß die Gewerkschaften jetzt notwendiger denn je sind, weil die wirtschaftliche Freiheit der Arbeiter sich noch lange nicht als Wirklichkeit offenbart. Gerade jetzt, wo die soziale Umgestaltung des Wirtschaftslebens erst beginnt, können die Arbeiter ihre Berufsverbände unter keinen Umständen entbehren. Die reichen Erfahrungen der Gewerkschaftsführer in wirtschaftlichen Fragen, die eingehenden Kenntnisse der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie aller sonstigen Erscheinungen des Arbeitsprozesses können gerade jetzt praktisch vermerkt werden. Seit 70 Jahren bemühen sich die Gewerkschaften, die Lage der Arbeiter zu verbessern, sie zu denkfähigen und besonnenen Menschen zu erziehen und sie von der entwürdigenden Knechtschaft des Kapitals zu befreien. Und jetzt, da sie in dieser Beziehung unendlich viel geleistet haben, sollen sie ausgeschaltet werden? Wer das verlangt, hat wenig Ahnung von dem feingegliederten Räderwerk der produzierenden Volkswirtschaft, das durch raube Eingriffe berufsfeindlicher Bürokraten leicht gestört und außer Gang gebracht werden kann. Aber was sieht das unsere gewerkschaftlichen Spartakisten an! Ihnen geht das alles viel zu langsam. Sie möchten am liebsten von heute auf morgen alles umhempeln, was sich Jahrhunderte hindurch zum gegenwärtigen Stand entwickelt hat. Sie gleichen jenem Weisen, der nach den Sternen schaut und dabei in den Brunnen fällt.

Die Gewerkschaften sind vor allen Dingen auch deshalb notwendig, weil es infolge der werdenden neuen Wirtschaftsordnung zu schweren wirtschaftlichen Kämpfen kommen dürfte. Das Unternehmertum wird nicht gutwillig seine vorherrschende Position beschneiden. Es wird danach trachten, so viel wie möglich von der alten Herrlichkeit zu retten und wird sich deshalb mit Händen und Füßen wehren. Das ist menschlich verständlich. Diese Erscheinungen sind ja erst kürzlich auch im Buchdruckgewerbe aufgetreten, obwohl die Prinzipale eigentlich aus freiem Antrieb anerkennen mußten, daß die Gehilfenöhne auch jetzt noch in keinem ausgleichenden Verhältnis zur allgemeinen Löhnerung stehen. Schläuerweise haben die Prinzipale schließlich eingelenkt, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil sie zu dieser heillosen Einsicht die Stärke der Gehilfenorganisation zwang. Sie hätten sicher nicht nachgegeben, wenn die Buchdrucker Mitglieder einer örtlich begrenzten Einheitsorganisation nach spartakistischem Muster wären. Wenn in der Arbeiterchaft eines Berufes nicht der gemeinsame Wille vorherrscht und diesem Willen eine zielbewusste Richtung fehlt, entfliehen unter den Berufsangehörigen allerlei Mißbilligkeiten, die letzten Endes jedes vernünftige Denken und Handeln zur Anfruchtbarkeit verurteilen. Dann würden sich auch bei uns noch genug ungeschulte Gehilfen finden, die sich gegenseitig unterbieten und den Prinzipalen welche Blumen der Unterwürfigkeit auf die Nase streuen würden. Schon oft wurde versucht, die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ins radikale oder parteipolitische Fahrwasser zu drängen. Immer vergebens. Lokalkisten, Syndikalkisten, Christen, Gelbe — alle haben sich daran die Zähne ausgehissen. In unserm Verbands war es namentlich Gsch, der in den neunziger Jahren das Geschick der Zerpfilerung betrieb. Die freien Gewerkschaften haben alle diese Krankheiten überlebt, sind stark und einflußreich geworden. Wie die politische, so ist auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung die Wahrheitsbringerin der Revolution gewesen. Immer und überall hat letztere für die soziale Befreiung des Proletariats gewirkt. Wo also die Verbandsführer ihr ganzes Leben lang diesem idealen Ziele ihre besten Kräfte geweiht haben, sollen sie jetzt, wo ihre Bestrebungen sich zu wirklichen beginnen, sich dagegen stemmen und Feinde der sozialen Befreiung des Proletariats sein? Diese spartakistische

Verdächtigung ist so absurd, daß sie von denkenden Gewerkschaftlern gar nicht ernst genommen werden kann.

Von den brandenden Wogen der Revolution wurden die freien Gewerkschaften ganz erheblich in die Höhe getragen. Manche haben ungeahnte Mitgliederzunahmen zu verzeichnen. Von einer Austrittsbewegung nach dem Willen der spartakistischen Solthäuser ist also nichts zu spüren. Auch unser Buchdruckerverband hat an Mitgliedern zugenommen, d. h. sofort organisationsfähige Gehilfen in unserm Berufe noch vorhanden waren. Wenn man die Liste der neu aufgenommenen Mitglieder in unserm Verbandsorgane liest, fällt vor allem das Alter derselben auf. Da sind Kollegen, die schon das vierte oder fünfte Kreuz auf dem Buckel haben. Diese mühten sich eigentlich schämen, daß sie so lange geduldet haben. Sie haben nichts gefür, desto mehr geerntet. Solche Ruhehüter unserer Verbandsfähigkeit mühten mindestens 20 Mk. Eintrittsgeld bezahlen, denn ihnen ist der Achtstundentag und jede Lohnaufbesserung ohne eignes Zutun gewissermaßen vom Himmel in den Schoß gefallen. Diese Weichlinge werden jetzt hoffentlich zu der Erkenntnis gekommen sein, daß der Verband keineswegs überflüssig war, ist oder wird.

Unser Verband muß nach wie vor über die Verhältnisse im Buchdruckgewerbe wachen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen auch in Zukunft ständig kontrolliert und den Anforderungen der Zeit entsprechend reguliert werden. Rechte und Pflichten der Gehilfen, Befreiung der Arbeiter als Mittel gegen Arbeitslosigkeit, Beschäftigung von Lehrlingen, Einstellung und Entlassung der Arbeitskräfte, Mitbestimmungsrecht der Gehilfen innerhalb des Betriebes, ihre Erziehung zur Sozialgültigkeit und beruflichen Disziplin, Arbeiterschutz, Tarifvertragspolitik, Verkehr mit Behörden, Erhebungen über die gesamte Lage des Gewerbes — das und vieles andere sind Aufgaben, die auch in künftigen Zeiten durch unsern Verband erfüllt werden müssen. Wo können wir sonst hin, wenn wir unsern Verband als überflüssig erachten wollten? Alle Maßnahmen, die sich zum Schutze der Gehilfenchaft als notwendig herausstellen sollten, würden dann jeder Stohhrat und Einseitigkeit entbehren. Jede Stadt, ja jede Druckerei würde andere Verhältnisse haben. Ob zum Nutzen der Kollegen, ist höchst zweifelhaft. Eine allgemeine Zerfahrenheit würde Platz greifen. Das kann natürlich kein vernünftiger Kollege wollen. Deshalb kann auch niemand die spartakistischen Weisheiten als richtig anerkennen. Im Gegenteil: Je klarer und überzeugter denn je muß sich jedes Mitglied hinter den Verband stellen, ihm Kraft und Können weihen in wirtschaftlichen Entwicklungsprojekten. Der Verband wird erst überflüssig sein, wenn die Erzeugung der Ware vergesellschaftet sein wird, wenn die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufhört, wenn die Klassengegensätze ausgeglichen sein werden. Wann dieser ideale Zustand eintritt, ist natürlich ungewiß. Aber einmal wird diese Zeit kommen. Unser Buchdruckerverband hat als erster die gewerkschaftliche Waffe zur wirtschaftlichen Befreiung des Proletariats aufgenommen, hat sie immer scharf gehalten. Er wird auch der letzte sein, der sie aus der Hand legt. Vorherhand heißt es weiterarbeiten am Ausbau unserer Organisation, nach bewährten Grundrissen, nicht erlahmen und nicht pausieren, bis das hohe Ziel der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung uns als geeignete Wirklichkeit leuchtet wird.

Buchum.

Viktor Kalknowski.

Der Buchdruckerstandpunkt und die Verbandsvorstände

Wenn man schon als Buchdrucker auf dem Standpunkte steht, daß die Wahrung der parteipolitischen Rechte der Arbeiterchaft nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehört, wenn man daher zur Wahrung der politischen Neutralität die Erörterung politischer Fragen in den Gewerkschaftsversammlungen zu verbinden weiß, so ist meines Erachtens die Frage nicht ganz unbedenklich, ob diese politische Neutralität nicht auch von den Gewerkschaftsführern zu beachten wäre? Daß es den Gewerkschaften nach dem Buchstaben des Gesetzes bisher verboten war, Politik zu treiben, ist bekannt. Die Schwierigkeit jedoch, zwischen der Wahrnehmung der wirtschaftlichen und der politischen Interessen der Arbeiterchaft eine genaue Abgrenzung vornehmen zu können, hatte in den letzten Jahren zu einer sich weitgehenden Zudung kleiner Organe überschreitungen geführt. Die Erörterung rein politischer Fragen und damit verbundener Richtungsstreitigkeiten

wußte man mit allen statutarischen und parlamentarischen Mitteln hintanzubalten. Und doch mußten es die Mitglieder mit ansehen, wie ihre Vorstände sich in einer ganz bestimmten politischen Richtung betätigten. Unbestritten sei ihnen das Bürgerrecht, ihrer politischen Anschauung entsprechend zu handeln, zu wählen, zu agieren. Geschleht dies aber in ihrer Eigenschaft als Verbandsvertreter, so darf man es doch den Mitgliedern nicht verbieten, wenn sie zu dieser in ihrem Namen getriebenen Politik auch einmal Stellung nehmen wollen.

Ob die Politik, die von den Gewerkschaftsführern für ihre Mitglieder — nicht im Auftrag derselben — vor und während des Krieges wie seit Ausbruch der Revolution getrieben wurde, ob die Richtung, die unsere politischen Gewerkschaftsführer einer bestimmten Partei zu geben mußten, nur auf Grund des Einflusses der von ihnen vertretenen — sie nicht beauftragten — Massen eben diesen Massen zum Segen gereichte oder nicht, soll hier nicht erörtert werden. Nur dagegen müssen wir uns als Gewerkschaftler wenden, daß die Führer in unserem Namen Politik treiben, ohne daß wir zu dieser Politik Stellung nehmen können, ohne daß wir irgendwelchen Einfluß auf die Richtung derselben ausüben in der Lage sind. Die vielergründeten demokratischen Grundzüge in unserer Organisation können es nicht verhindern, daß unsere Vertreter auf den Konferenzen der Verbandsvorstände, in der Generalkommission usw. zu hochwichtigen politischen Fragen Stellung nehmen und Beschlüsse fassen, ohne die Mitglieder um ihre Meinung auch nur befragt zu haben. In einer Demokratie, wie sie unser Verband sein sollte, hätte ich es für selbstverständlich, daß bei wichtigen Fragen — und für wichtig halte ich all die Dinge, zu deren Erledigung ein Apparat wie die Konferenzen von Vertretern der Verbandsvorstände in Bewegung gesetzt wird — die Mitglieder zu entscheiden haben, welche Stellung unsere Vertreter dazu zu nehmen haben. Unbenommen bleibt es doch den Vorständen, ihre Meinung den Mitgliedern gegenüber zu vertreten. Aber immer haben sie nachher in dem Sinne der Mitglieder zu handeln. Das verstehe ich unter Demokratie!

Ganz anders gearbeitet ist jedoch das System, nach dem jetzt verfahren wird, und der Bericht über die Konferenz der Verbandsvorstände in Nr. 19 des „Korr.“ zeigt recht deutlich, wie es nicht gemacht werden sollte. Herr Legien bespricht die Lage, der Schlachtplan wird entworfen, die Marschrouten festgelegt, und damit ist die Sache erledigt. Den daraus sich ergebenden Anordnungen hat sich jeder zu fügen. Widerspruch gibt es nicht. Etwas Ähnliches wie ein Beschwörereid haben wir ja auch, die Berufung an die Verbandsgeneralversammlung. Ist dieses Beschwörereid aber auch wirksam? Diese Frage darf sich jeder selber beantworten, er tue es aber unter Berücksichtigung der Zusammenfassung der Generalversammlungen.

Was wir brauchen, ist Demokratie, wahre Demokratie. Die Mitglieder müssen über ihr Geschick entscheiden dürfen, und die Führer haben nach dem Willen der Mitglieder zu handeln, nicht daß die Führer kommandieren und die Mitglieder parieren. Wenn wir wären, was Kollege Druff in Nr. 19 schreibt, „Revolutionäre im goldgeprägten Sinne des Wortes“, dann hätten wir Führer und würden von diesen geführt nach unserm Willen. Bislang gilt aber immer noch das Wort: „Es ist nicht alles Gold, was glänzt!“

Berlin. G. Dörband.

Anmerkung der Redaktion: Die Konferenzen der Vertreter der Verbandsvorstände haben für die einzelnen Organisationen mehr informativ als verbindende Kraft. Demgemäß und in Rücksicht auf unser Verbandsstatut legen sich die Vertreter unseres Verbandes bei diesen Konferenzen von jeher schon eine starke Reserve auf, insbesondere bei Erörterung politischer Fragen. Daran wird sich auch in Zukunft kaum etwas ändern. Es sei denn, die verschiedenenorts zu beobachtenden antgewerkschaftlichen Strömungen, resultierend aus der politischen Zerrissenheit der Arbeiterklasse, zeitigen Abgriffe zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung. In diesem Falle wird niemand, der in den Führern nicht dienstbare Knechte oder niedrige Pagoden, sondern durch politische und wirtschaftliche Erfahrung gereifte Männer erblickt, etwas dagegen haben, wenn diese bei der Beurteilung wichtiger Fragen ihre eigene, bessere Überzeugung nur insoweit zurückstellen, als dieses nicht auf Selbstbelustigung hinausläuft. Dasselbe Recht, das man auf Arbeiterseite den politischen Führern ohne weiteres zugesieht, darf auch den durch das Vertrauen der Mehrheit an ihre Stellen berufenen Gewerkschaftsführern niemals verweigert werden. Was die sonst noch verstreut kritisierte Zusammenfassung der Generalversammlungen anlangt, so sei kurz darauf hingewiesen, daß die Wahlen nach rein demokratischen Grundzügen vollzogen werden. Eine Ausschaltung der Funktionäre, wie das schon öfters gefordert ist, bleibe nicht nur, sie zu Mitgliedern zweiter Klasse degradieren, sondern es ließe ein solches Verfahren auch auf eine Vergewaltigung demokratischer Grundzüge hinaus, die kein denkender Kollege wollen kann.

Zur Abwehr!

Es kann einem nachgerade auf die Nerven gehen, wenn man die vielen Angriffe auf die Buchdruckerorganisation sieht, die von rechts und links gegen uns erhoben werden. Wenn sie von Arbeitgeberseite erfolgen, so kann man sich schließlich damit abfinden und sagen, daß das von jeher so gewesen ist. Wir wissen es nur zu gut, daß hier nach wie vor Vorherrschaft im Spiel ist. Daran hat auch die Revolution nichts geändert, die bekanntlich nicht bloß eine politische war, sondern auch eine wirtschaftliche sein soll. Etwas anderes ist es aber, wenn die meistens ver-

Sprachrohr und Sprechsaal der Gehilfen

Ist der „Korrespondent“ bereits im 57. Jahre. Die notwendige Zimmerverlängerung ist von Seiten der „Hessischen Papiergewerkschaft“ wenigstens etwas vorgezogen worden. Wenn von allen, die den „Korrespondent“ in Anspruch nehmen, diesem beherrschenden Instanz die Rechnung getragen wird, sind auch die großen Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung im Bereich mit den gesteigerten gewerkschaftlichen Forderungen zu bewältigen. Wer daran fördernd teilnehmen will, nehme sich die Mühe, im „Korrespondent“ das Wort. Ehrlicher Helfer des „Korrespondent“ aber muß sein, wer mit der Zeit gehen will, und das muß ein jeder! Jegl. hat im Gewerkschaftsbereich die Bewegung des „Korrespondent“ zu verfolgen. Preis für den „Korrespondent“ 65 Pfennige ausschließlich der Postzustellungsgebühr.

stetigen Angriffe und hässlichen Bemerkungen von Arbeiterseite kommen. Das hat uns gerade für die Überwachungsstelle noch gefehlt. Gegenüber der „Mitarbeit“ von Sportklub und Konfession ist ja der Kampf gegen Guttenbergbund & Co. noch das reinste Ninderpiel. Es sei einmal festgelegt, daß in unsern Reihen noch viele Kollegen sind, die für die kommunistischen Ideen absolut kein Verständnis haben. Viele verfolgen schon seit langer Zeit mit Aufmerksamkeit das Treiben der Linksrädler und wissen wirklich nicht, was nun eigentlich kommen soll. Wenn z. B. die Arbeiterkräfte als Beirat für Arbeiterfragen, wie Lohnregulierung, Arbeitszeit, Tarifarbeit, Gewerkschaften, Frauen- resp. Kinderarbeit, Invaliden- und Krankenkassenwesen, in erhöhtem Maß als beratende Instanz zugezogen werden, so sind wir die letzten, die sich gegen diese Erweiterung des Räteinstems sperren. Was uns verdrüßlich, das sind die halt- und geschmacklosen fortgesetzten Angriffe gegen unsere Gewerkschaftsführer, gegen unsere berufliche „Oberste Seeresleitung“, um im Militärstil zu sprechen. Gerade ein Kollege aus der Provinz kann eher einmal ein offenes Wort riskieren, ohne des billigen Vorwurfs bezichtigt zu werden, daß vorliegende Abwehr Redaktionsarbeit sei. Wer etwa heutzutage für unsere Gewerkschaftsangelegenheiten einzutreten wagt, wird für „hinreichend verdächtig“ resp. für nicht stubenrein gehalten. Das ist ja aber das Traurige, daß das Vertrauen gegen unsere Führer systematisch untergraben wird. Wir fordern eine reinliche Scheidung zwischen gewerkschaftlichen und politischen Aufgaben. Noch nie hat die Buchdruckerorganisation es abgelehnt, mit der politischen Arbeiterpartei auf freundschaftlichem Fuße zu stehen, es sind ja sowieso viele Kollegen in der Sozialdemokratie tätig, aber so wie die Dinge einmal liegen, daß auch alle Konfessionen und die verschiedensten Gegenden Deutschlands in einem Saute zu lassen sind, legen sie uns die Pflicht auf, auch im neuen Deutschland unsere Prinzipien hochzubalten. Wir freuen uns jeder Mitarbeit von Arbeiterseite aus, ein wenig Opposition hat ja noch nie geschadet, aber niemals können wir zulassen, daß unsere Tariforganisation, unsere gewerbliche Rechtsprechung, unsere Presse und nicht zuletzt die Einzelarbeit eines jeden Verbandsfunktionärs einer würdelosen Kritik unterzogen wird von Leuten, die öffentlich ihr sozialistisches Herz entdecken und nun mit ihren verworrenen Plänen uns beglücken wollen, wo die alten Führer schon lange tot waren, als diese Herren noch gar nicht lebten. Wir betonen noch einmal, und legen Wert darauf, festzustellen, daß unser Verband nach wie vor eine Kampforganisation bleibt und auch gar nicht die Pflicht hat, alles hinzunehmen, was unsere Gegner uns diktieren wollen. Aber auch die gesündeste Opposition hat ihre Grenzen, und wir glauben feststellen zu können, daß die äußerste Linke dieselbe schon längst überschritten hat. Darum Kollegen, treibt Sammlungspolitik, auf daß uns eine ernste Zeit am Platze findet. Vermeidet jede Differenz, ohne Fühlung mit der zuständigen Instanz genommen zu haben. Nur so verschaffen wir uns das Recht, als gleichberechtigte Tarifinstanz gehört und berücksichtigt zu werden.

Pfullingen bei Stuttgart. Rudolf Schumacher.

Korrespondenzen

Breslau. Schmezerfüllt nahm uns starkbelächte Bezirksversammlung am 23. Februar herliche Worte des Bedenkens aus dem Munde des Vorsitzenden Schilling für unsern verstorbenen ersten-Vorstand Herrn Hirtel entgegen. Was der Verstorbene jedem einzelnen gewesen, das hatte Kollege Schilling dem Entschlafenen schon in sein Grab hineingerufen, das hatte auch die zahlreiche Beteiligung an dessen Beerdigung bewiesen, wo fast alle Geschäfte früher geschlossen hatten, um dem, der so vielen das Grabgeleit gegeben, die letzte Ehre zu erweisen. Auch aus andern Bezirksvereinen des Gaus Schellen waren Vertreter herbeigeeilt, um auf seinem Hügel den Scheidegruß niederzuliegen. Die Versammlung stufte dem dahingegangenen Führer ihren Dank ab durch das Geknirs, ihm nachzuweihen in dem pflichtbewußten Streben, sein ganzes Ich der Organisation zu widmen und dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen. Ferner ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Gustav Herrmann in üblicher Weise. Fünf Mitglieder wurden dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen. Sodann nahm die Versammlung den Bericht des Gehilfenvertreters Fiedler über die Sitzung des Tarifausschusses entgegen

und erklärte im allgemeinen ihr Einverständnis mit den Ausführungen, bemängelte indes die Forderung der Jula- bis zum 31. August d. J. und beauftragte das rige Einlegenkommen der Prinzipale bei verhängter Labelszeit. Das vierjährigige Verbandsabkommen kommt in Kollegen Paul Solla und Hugo Philipp feiern. Zum Schluß nahm die Versammlung in dankenswerter Weise Kenntnis von den abermaligen Ergänzungen der Firma W. G. Horn an ihr Personal, durch welche die Kollegen Beiträge bis zu 300 Mth. ausgedehnt werden.

H. B. Bromberg. Die am 23. Februar abgehaltene Mitgliederversammlung war von 54 Kollegen besucht. Es ist sehr zu bedauern, daß ein Teil, besonders der älteren Kollegen, es immer noch nicht für notwendig erachtet, ebenfalls die Veranordnungen zu besuchen. Nach Begrüßung der letzten zurückgekehrten Selbstgekauften durch den Vorliegenden Gehl wurden zwei Neuaufnahmen vollzogen. Der Stellenbericht für das vierte Quartal 1918 konnte infolge der politischen Wirren erst jetzt gegeben werden. Dem Statistik wurde Entlastung erteilt. Recht interessant gestaltete sich der Stellenbericht, den Kollege Scherer gab. Zu erwähnen ist, daß, trotzdem Bromberg, eine reine Beamtenstadt ist, bereits 7000 Mitglieder in den Gewerkschaftsverbänden vorhanden sind. Sechs Kollegen wurden hierauf für die kommenden Stadtratsordnungen in Vorladung gebracht. Für die Zentralbibliothek der freien Gewerkschaften wurde ein jährlicher Beitrag bewilligt. Unter „Arbeitschem“ wurde mitgeteilt, daß es den Bemühungen des Arbeiterausschusses und der Vertrauensmänner der Druckerei L. Wittmann gelungen ist, die geplante Verkürzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden abzuwenden. Auf Antrag aus der Versammlung wurde beschlossen, zur Krankenunterstützung aus der Ortschaften einen täglichen Zuschuß von 50 Pf. vom ersten Krankheitsstag ab zu zahlen. Die Gründung eines Ortsvereins für die Druckerei Isarberlei und Arbeiterinnen wird vom Vorstand in die Wege geleitet werden. Da die Lebensmittelpreise infolge der Wäperrung durch die Polen sehr groß ist, die Eisenbahner aber fortwährend mit rationierten Lebensmitteln bedacht werden, wurde eine entsprechende Resolution durch den Delegierten im Arbeiter- und Soldatenrat, Kollegen Bauer, dem Vollzugsausschuß unterbreitet und Abhilfe zugesagt. Ferner wurde beschlossen, den noch freiwillig beim Militär bleibenden Kollegen die besondere Unterstützung nicht mehr weiter zu zahlen.

Eisenach. Kollege Ferdinand Groß kann Oftern 1919 auf eine 50jährige ununterbrochene Tätigkeit im Buchdruckerberufe zurückblicken.

Essen. Die Vereinigung der Stereotypen-, Galvanoplastiker und Schriftgießer des Bezirkes Essen hielt nach viereinhalbjähriger Unterbrechung infolge des Weltkriegs ihre Generalversammlung am 16. Februar in Essen ab. Leider waren infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse die auswärtigen Kollegen wenig vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Kollege Classen die aus dem Heeresdienst entlassenen Kollegen und machte die Mitteilung, daß auch der Krieg aus unserer Mitte seine Opfer gefordert habe. Das Andenken der Verstorbenen wurde in der üblichen Weise geedert. Sodann berichtete der Vorsitzende über die augenblickliche Lage. Er konnte mitteilen, daß in sämtlichen Druckereien die Erfahrungsträfte entlassen seien und alle Kollegen, die aus dem Heeresdienst entlassen wurden, wieder in ihren alten Stellungen beschäftigt werden. Als Vorsitzender wurde Kollege Classen einstimmig wiedergewählt. Nach Erledigung einiger dringlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Versammlung mit dem Wunsche, rasch für die Spartenbewegung tätig zu sein. Wir eruchen alle uns noch fernstehenden Spezialkollegen der umliegenden Druckorte, ihre Adresse an den Kollegen Joseph Classen in Essen, Franziskastraße 13, einzusenden zu wollen.

Sn. Frankfurt a. M. (Bezirksversammlung vom 20. Februar.) In einer überaus gut besuchten Versammlung nahm die diesige Kollegenchaft Stellung zu den Ergebnissen der letzten Tarifauschüttung. Kollege Porten schilderte die außerordentlichen Schwierigkeiten der diesmaligen Verhandlungen, besonders in der Überwindung der Widerstände der Prinzipalvertreter. In der sachlich geführten Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Frankfurter Kollegen die Beschlüsse des Tarifausschusses und des Buchdruckertrats gutheissen. Bedenken wurden nur gegen die Gültigkeitsdauer der jetzigen Feuerungszulagen, 31. August 1919, geäußert. Eine derart lange Bindung wurde als selbst empfinden, da wir ja in unserer jetzigen, alles überstehenden Zeit mit fortwährenden Umwälzungen zu rechnen haben und letzten Endes niemand in der Lage ist, behaupten zu können, daß die Lebensmittelpreise abgebaut oder noch weiter anziehen werden. Selbst wenn eine Lebensmittelförderung vom Ausland einleitet, wird dies keine Entlastung für den Haushalt der Arbeiterfamilien bringen, da die deutsche Wäluva sehr niedrig steht und demzufolge die Preise der vom Auslande bezogenen Lebensmittel sehr hoch sein werden. Von einem Diskussionsredner wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die jetzt gezahlten Wöhne und Feuerungszulagen nur zur Fristung des nackten Lebens hinreichen, während für Erhaltung von Wärme, Bekleidung und Möbel die Gehilfen nichts erübrigen können. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 20. Februar 1919 im „Gewerkschaftshaus“ tagende, sehr gut besuchte Versammlung des Frankfurter Bezirkes im Verbands der Deutschen Buchdrucker nimmt den Bericht ihres Gehilfenvertreter Porten von der Tarifauschüttung am 14. Februar 1919 zur Kenntnis. Die Gehilfen betonen, daß der Diskussion der Prinzipale gegen die im Dezember beschlossenen Feuerungszulagen jede sachliche Grundlage fehlt. Die be-

ml. Wasen Feuerungszulagen gleichen die erbösten Ausgaben auf wirtschaftlichen und ökonomischen Gebiete nicht aus. Aus denselben Gründen kann die hiesige Wehlforschung die Fristverlängerung der Geltung der jetzigen Feuerungszulagen bis zum 31. August 1919 nicht gutheißen. Wir beauftragen unsere Wehlforscher, wenn die Not der Stunde es im Interesse der Wehlforschung gebietet, erneute Schritte zwecks weiterer Feuerungszulagen zu unternehmen."

11- Freiburg i. Br. Ein eigenartiges Zusammenfallen ist es, daß das erste Urteil des neu geschaffenen Schlichtungsausschusses sich gegen das frühere Verbandsmitglied (Bankkassierer) und jetzigen Buchdruckerbesitzer R. Goldschagg richtete. Dieser betrachtete sich als außerhalb des Wehlforschung stehend und entließ vor kurzem zwei Wehlforscher. Während der eine sich damit zurückergeben, reichte der andre Klage ein mit dem Erfolge, daß ihn Goldschagg weiter beschuldigen muß, und zwar auf Grund des Wehlforschung vom 4. Januar d. S. Überhaupt ist Goldschagg ein typisches Beispiel dafür, wie sich die Menschen ändern können. Früher der Radikalität einer, tut er jetzt nichts für seine Wehlforscher aus eigenem Antriebe. „Wenn's nicht paßt, der kann gehen, und wenn alle gehen, mache ich die Bude zu“, ist seine stereotypische Rede. Möchte sich doch der Herr seiner Wehlforscher erinnern, dann wird er gewahr, daß nur Wehlforscher herrscht, wo diese auch Anerkennung findet. Im Verfolge der Prüfung der Arbeitslosenfrage kam es hier zur Gründung eines paritätisch besetzten Sonderausschusses für das Buchgewerbe beim Demobilisierungsausschuss. Es besteht die Hoffnung, daß die Arbeitslosenfrage hier eine alle Teile betriebsführende Lösung findet. Für Arbeitslosenvermittlung besteht bei den Prinzipalen keine Sympathie, dagegen dürften sie dem wechselseitigen Aussehen ihre Zustimmung geben.

Grüßenwalde (Spreo). Nachdem fast alle überlebenden Kollegen zurückgekehrt sind, wurden in diesem Jahre zwei Versammlungen, nämlich eine General- und eine Monatsversammlung, abgehalten, welche beide von allen Kollegen besucht waren. Leider hat auch unsere kleine Schar einen Verlust von fünf Mitgliedern zu beklagen, deren Andenken in der üblichen Weise von der Versammlung geehrt wurde. In der Generalversammlung wurde der bis dahin provisorische Vorstand einstimmig wiedergewählt, und zwar die Kollegen Geng als Vorsitzender und Schuster als Kassierer. In der Generalversammlung wurde vorgeschlagen, sobald die Stadtverordnetenwahl (Halbjahres) hat, an die Stadtverordnetenversammlung heranzutreten wegen gleichmäßiger Verteilung der städtischen Drucksachen an die tarifstreuen Druckerereien des Ortes zu tariflichen Preisen, damit auch gerade von dieser Stelle, welche allen andern Einwohnern mit gutem Beispiele vorangehen soll, richtige, der Zeit entsprechende Preise gezahlt werden. Alle Kollegen waren sich darin einig, daß dadurch unser arg daniederliegendes Wirtschaftsleben nur gesteigert werden kann. Nach Erledigung einiger anderer Punkte wurde die Versammlung in der Hoffnung, künftig immer alle Kollegen versammelt zu sehen, geschlossen.

Hannover. (Maschinenheer.) Unser Verein blieb am 16. Februar seine Generalversammlung ab. Nach warmer Begrüßung der aus dem Felde heimgekehrten Kollegen durch den Vorsitzenden Ebenbach ehrte man das Andenken des verstorbenen Kollegen Hubert in der üblichen Weise. Der vom Vorsitzenden erstellte Jahresbericht gab in ausführlicher Weise einen Überblick über die hinter uns liegenden Kriegsjahre und klang aus in ein Lob auf diejenigen Kollegen, die trotz der Kriegsnot ihre Kraft in den Dienst des Vereins gestellt hatten und ihn so durch die harten Kriegsjahre hindurch leiteten. Zur Unterstützung für die Angehörigen seiner Feldgrauen brachte der Verein durch freiwillige Beiträge die Summe von 757 Mk. auf. In Anbetracht der geringen Mitgliederzahl ein schönes Zeichen echter Kollegialität. Mit besonderer Genugtuung brachte der Vorsitzende in seinem Verichte zum Ausdruck, daß, wenn die Maschinenheer bei der letzten Feuerungszulage um 3 Mk. besser abgeschrieben hätten, dies nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit sei und keine Extrawurst, wie in der letzten hier abgehaltenen Lokalvereinsversammlung zum Ausdruck kam. An der einseitigen Richterstattung im „Storr.“ über die betreffende Versammlung wurde scharfe Kritik geübt. Die Vorstandswahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des Kollegen Ebenbach als Vorsitzenden und des Kollegen Wurl als Kassierer. Betreffs Abhaltung einer Generalversammlung der Gauvereinsung wurde beschlossen, erst bessere Verhältnisse abzuwarten. Ferner wurde eine Anregung aus der Versammlung herausgegeben, den fürs Vaterland gefallenen Kollegen eine Gedenktafel zu widmen und diese im Vereinslokal aufzuhängen.

Kiel. Die Versammlung am 24. Februar war auf besuch. Der Vorsitzende ging in kurzen Ausführungen auf die Vorgänge ein, die sich in den letzten Wochen in Kiel abgespielt haben. Er warnte die Kollegen, sich nicht von unvernünftigen Forderungen in wilde Streiks treiben zu lassen, sondern abzuwarten, was von den zuständigen Instanzen bestimmt wird. Vom Verlage des Kieler Adreßbuchs war als Grund für die verpöbelte Herausgabe des Kieler Buches der Mangel an Arbeitskräften angegeben worden; ferner waren die „aufgezwungenen ungeheuren Lohn- und Feuerungszulagen“ als Grund für die Verteuerung ins Feld geführt. Beide Einwände wurden vom Vorstand in einer Erwiderung gebührend klargestellt. Den Bericht vom Gewerkschaftsrat erstellte der Vorsitzende. Über die Verhandlungen des Tarifsausschusses referierte der Wehlforscher für den X. Tarifkreis, J. Kollege Kunzler. In klaren, überzeugenden Worten gab er ein Bild von den Verhandlungen, die Schwierigkeiten betonen, welche überwinden werden mußten. Die Versammlung erklärte

sich unter den gegebenen Verhältnissen mit dem Ergebnisse zufrieden und sprach den Wehlforscher ihren Dank aus. Zum Schluß wurde auf die Veranstaltungen der Topographischen Gesellschaft hingewiesen und zu reger Beteiligung aufgefordert.

Hissa i. Pol. Am 23. Februar hielt unser Ortsverein seine Generalversammlung ab, wozu alle Mitglieder erschienen waren. Vorsitzender Schmidt erstellte sie mit begründenden Worten und gedachte besonders der aus dem Kriege zurückgekehrten Kollegen. Nach Erstattung eines Rückblicks bzw. Jahresberichts schilderte er alle Schwierigkeiten und Gefahren, welche den Kollegen im Felde, aber auch in der Heimat entstanden. Sodann widmete der Vorsitzende einen warmen Nachruf den auf dem Felde der Ehre Gefallenen, und die Versammlung ehrte deren Andenken in üblicher Weise. Unter anderm wurde auch bekanntgegeben, daß der Ortsverein im November auf sein fünfjähriges Bestehen zurückblicken konnte. In dieser ersten Zeit, in der es an allem fehlte, mußte aber leider auf eine festliche Veranstaltung verzichtet werden. Mit einem Appell an alle Kollegen, sich nun wieder rege und intensiv an allen Vereins- und Organisationsangelegenheiten zu beteiligen, schloß die Berichterstattung. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten und der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Es fungierte als Vorsitzender und Kassierer Kollege J. Schmidt. Auch die Wiedereröffnung der Graphischen Vereinigung, die ihre Tätigkeit im Krieg einstellen mußte, stand auf der Tagesordnung, da der Ortsverein korporatives Mitglied dieser Vereinigung ist. Die Eröffnung wurde beschlossen und als Vorsitzender der Vereinigung Kollege Lange gewählt, der bereits vor dem Kriege die Geschäfte mit großer Sorgfalt erledigte. Unter „Tariflichem“ kam die Feuerungszulage zur Sprache. Diese wurde anfänglich verweigert und gelangte erst sehr zur Auszahlung. Wegen der Nachzahlung vom 1. Januar ab stehen die Personale mit den Prinzipalen in Verhandlungen. Zum Schluß der Versammlung überreichten zwei Mitglieder eine Ehrentafel, gewidmet den Gefallenen, und die Versammlung nahm dies dankbar an.

Magdeburg. Am 22. März begehrt unser Kollege Hugo Scheller die Feier seines fünfzigjährigen Berufsjubiläums. Nachdem er die Jahre, von 1869 bis 1873, in der Buchdrucker von Louis Mosche gelernt, arbeitete er noch in einigen Magdeburger Druckerereien und ging dann auf Wanderschaft, die ihn fast durch alle deutschen Länder führte. Er konditionierte dabei kürzere oder längere Zeit in Gröblich, Buzlau, Eberfeld, Bielefeld, auch in Magdeburg vorübergehend, Schwebingen, Donauwörth und Ulm. Von hier kam er nach Magdeburg zurück im Jahre 1882 und fungierte in der Druckererei von E. Baensch jun., wo er schon einmal einethalb Jahre arbeitete, wieder an. Ununterbrochen ist er seit 1882 in dieser Druckererei tätig. Wir wünschen dem noch sehr rüstigen Jubilar eine noch recht lange Berufstätigkeit in Gesundheit und Glück.

F. Stuttgart. Am 24. Februar fand eine wiederum sehr stark besuchte Mitgliederversammlung statt zur Entgegennahme des Berichtes von den letzten Tarifsausschussverhandlungen. Wehlforscher Klein brachte in einstündigen Ausführungen den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen zur Kenntnis, schilderte die Schwierigkeiten, zu einem Ausgleich zu gelangen, und betonte besonders, daß die Prinzipalvertreter sich der zwingenden Macht der Gründe, die die Wehlforscher für ihre Stellungnahme ins Feld zu führen hatten, nicht verschließen konnten. In der recht lebhaften Diskussion kam im allgemeinen Einverständnis mit dem Erreichten zum Ausdruck, doch wurde von verschiedenen Rednern bemängelt, daß im Interesse der Unterbringung unserer arbeitslosen Kollegen in der Lehrbildungsfrage nicht mehr erreicht wurde. Auch wurde mehrfach auf die 46stündige Arbeitswoche der Buchbinder hingewiesen. Eine Resolution wurde vor der Abstimmung wieder zurückgezogen. Über die Gründe zur Ablehnung des aus Anlaß der Münchener Allentage geplanten Generalstreiks wurde eine Aussprache von einer Anzahl Kollegen beantragt, von der großen Mehrheit aber abgelehnt.

o o o o o Rundschau o o o o o

Nachahmenswerte Beispiele. Die Firma F. Bruchmann M. & Co. in München gewährte ihrem Gesamtpersonal in Staffeln von 3 Jahren ab Geldbeiträge in Höhe von 20, 25, 35, 40, 50 und 60 Mk. Die Lehrlinge erhielten 15 Mk. — In Frankfurt a. M. gewährte die Firma Wilhelm Büttel ihrem Personal, Sehern, Druckern und Hilfsarbeitern, im Oktober 1918 und März 1919 je eine einmalige Feuerungszulage in Höhe von 25 bis 100 Mk. Auch Ferien wurden bewilligt, und zwar für ein- bis zehnjährige Tätigkeit 6 Tage, für eine solche von über zehn Jahren 14 Tage. Bei der Firma S. & G. Fortmann („Generalanleger“) wurden die Ferien wie folgt geregelt: nach einjähriger Tätigkeit 6 Tage, nach fünfjähriger 9 Tage, nach zehnjähriger 2 Wochen und nach 25 Jahren 3 Wochen.

Ein Buchdrucker als Landtagsabgeordneter. Der Kollege Otto Mische in Eisenach wurde in die weimarsche Landesversammlung gewählt.

Wehlforscherprüfungen. In nächster Zeit finden in Frankfurt a. M. Wehlforscherprüfungen statt. Diejenigen, welche in diesem Jahre die Prüfung ablegen wollen, werden ersucht, sich umgehend Neue Mainzer Straße 31 zu melden.

Geistige Nahrung. Der Deutsche Buchgewerbeverein in Leipzig eröffnet am 23. März im Buchgewerbehaus

wieder ein Lesezimmer und eine Bücherei für alle Angehörigen der graphischen Gewerbe, nachdem infolge des Überganges des künstlerischen und wissenschaftlichen Teiles seiner Bücherei an das Deutsche Kunstmuseum Lesezimmer und Büchereiräume längere Zeit geschlossen waren. Gegen 100 Fachzeitschriften und Interkalendrierblätter werden dort zur unentgeltlichen Benützung aufgelegt, während die Bücherei neben wichtiger Fachliteratur Werke aus allen Gebieten der schönen Literatur, Literaturgeschichte, Geschichte usw. enthält, die auch nach Hause entliehen werden können. Mittlen im buchgewerblichen Viertel gelegen, wird die neue Einrichtung sicherlich von den Angehörigen der graphischen Gewerbe mit Freuden begrüßt und viel benützt werden. Geöffnet ist das Lesezimmer wochentags von 10 bis 1 und 3 bis 7 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr.

Zur Papierfrage. Das Reichswirtschaftsamt teilt dem sozialdemokratischen Presseamt mit, daß sich die Papierproduktion soweit gebessert hat, daß die letzte Sonderbeschränkung von 15 Proz. wieder aufgehoben werden kann. Die volle Lieferung dieser 15 Proz. könne allerdings erst garantiert werden, wenn sich die Verkehrsverhältnisse noch weiter gebessert haben. Das für Bücher und Zeitschriften bestimmte bessere Papier ist nach Ansicht des Reichswirtschaftsamts gegenwärtig in solchem Maße vorhanden, daß mit dem 1. Juli die Kontingentierung dieser Papiere aufgehoben werden kann. Buchbinder, heraus mit den Aufträgen.

Umsatz in der Reichsschreibung. Das Bestreben, eine Umgestaltung der deutschen Reichsschreibung, insbesondere nach den Grundrissen der Kaufleute, herbeizuführen, ist sehr alt. Maßnahmen in dieser Richtung sind jedoch bis jetzt nicht getroffen worden; es fehlt teilweise an der Bereitwilligkeit der in Betracht kommenden Körperschaften, zum Teil stellen sich auch allerhand wissenschaftliche Bedenken einer Verwirklichung auf diesem Gebiete entgegen. Die deutsche Lehrerschaft brachte diesen Bestrebungen stets besonderes Interesse entgegen, weil sie auf dem Standpunkte steht, daß die Vorteile einer solchen Vereinfachung für das Schulleben sowohl als für die Volksschule unübersehbar sind. In einer Sitzung des Lehrervereins Lippstadt und Umgegend, die im Februar d. J. stattfand, wurde die sofortige Neugestaltung der Reichsschreibung gefordert und folgende Forderungen aufgestellt: 1. Abschaffung der Großschreibung mit Ausnahme des Satzanges und der Eigennamen, 2. Fortfall aller Dehnungszeichen. 3. Fortfall des ai, au, des v und des ph. 4. Abschaffung der unnützen Verwirrung in der Schreibung der S-Laute. Einführung je eines Zeichens für das stimmhafte und das stimmlose S. Für dieses wird s, für jenes i vorgeschlagen. 5. Alles übrige bleibt vorläufig ungedändert, ferner bleibt es bei dem bisherigen Gebrauche der Schärfschreibung; jedoch wird ohne Verzögerung ein Ausschub, bestehend aus Kennern der Kaufleute, Schriftstellern, Kaufleuten, Buchdruckern und Lehrern eingeseht, die über weitgehende Umgestaltungen schnellsten Beschlusses zu fassen haben. Von welcher Begeisterung die in Frage kommende Sitzung beherrscht war, geht daraus hervor, daß ein Teilnehmer an derselben seiner Meinung dahingehend Ausdruck verlieh, daß Hunderte von Schulstunden im Laufe der achtjährigen Ausbildung eines Kindes für unglückliche Dinge gewonnen, Hunderttausende von Mark bei der Drucklegung von Zeitungen und Büchern erspart werden können.

Einfuhr deutscher Bücher in das Inskrisheimische Gebiet. Die Wehlforscherkommission hat auf Grund mehrfacher Bemühungen der Handelskammer Leipzig Vorstellungen dahingehend erhoben, daß Bücherlieferungen in das Inskrisheimische Gebiet zugelassen werden. Von der internationalen Konferenz in Paris wurde darauf der Verkehr von Büchern und Zeitschriften unter folgenden Bedingungen freigegeben: 1. Von jeder Veröffentlichung, deren Einfuhr beantragt wird, müssen fünf Exemplare an das internationale Komitee Luxemburg, Ableitung Jentur, gefandt werden. 2. Die gegenwärtig in den verschiedenen Unterrichtsstufen gebrauchten Lehrbücher können ohne vorherige Anmeldung eingeführt werden, die Neuausgaben müssen der Jentur vorgelegt werden. In jedem Falle wird das Verbot auf Einziehung der Bücher aufrechterhalten, wenn „Ihr Inhalt gegen die Sicherheit der Truppen gerichtet ist und den Respekt vor ihren Regierungen verletzt“.

Entwendung von städtischem Papiergelde. Der zu Ende des verfloffenen Jahres in der Druckererei Greiner & Weller in Stuttgart verübte und in Nr. 148 des „Storr.“ gemeldete Diebstahl des Stuttgarter Papiergeldes beschäftigte vor kurzem die Stuttgarter Strafkammer. Angeklagt waren eine Anzahl jugendlicher Einbrecher und Fehler; für den Einbruch kamen zwei 18jährige Ausländer in Betracht, der Älteste ist jedoch verstorben. Von den in einem Bretterverhau aufbewahrten Druckbogen entwendeten die Diebe 427 Bogen fertiger Scheine im Werte von 170 800 Mk., 198 Bogen im Werte von 79 200 Mk. ohne Trockenstempel und 1222 Bogen zu 488 800 Mk. ohne Trockenstempel und Nummer. Da der Diebstahl bald entdeckt wurde und die meisten Bogen wieder beigebracht werden konnten, sind nicht viele Scheine in den Verkehr gekommen. Die Diebe wurden zu 4 1/2 bzw. 3 1/2 Jahren Gefängnis und zu je fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Zur Lage der Schwerkrriegsbeschädigten. Auf Grund von Beschwerden des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsgefangenen wurde die Verordnung des Demobilisierungsausschusses, betreffend Beschäftigung Schwerkrriegsbeschädigter, dahingehend abgeändert, daß der Termin, an welchem frühestens Schwerkrriegsbeschädigten gekündigt werden darf, bis zum 15. April hinausgeschoben worden ist. Hoffentlich wird bis dahin eine Verordnung

